Beschluss C 11 - Schleswig-Holstein steht stabil gegen Rechts

Antragsteller*in: Steffen Regis

Tagesordnungspunkt: C Schleswig-Holstein verändert sich, verändern wir es zusammen

Text

1 C. 11. Schleswig-Holstein steht stabil gegen Rechts

2 Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Dies
3 haben wir früh erkannt und beständig nicht nur die Beratungsstellen für Opfer
4 rechter Angriffe und die regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus
5 deutlich stärker gefördert, sondern auch stets eine eindeutige Position gegen
6 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechte Strukturen bezogen. Wir GRÜNE
7 werden uns vehement dafür einsetzen, dass die Bekämpfung rechtsextremistischer
8 Strukturen und Netzwerke für die Sicherheitsbehörden an oberster Stelle steht.

9 C. 11. 1. Opfer rechter Gewalt schützen

10 Die Opferperspektive ist für uns der zentrale Ausgangspunkt im Umgang mit
11 Rechtsextremismus. Für den Schutz der Opfer ist eine sichergestellte
12 psychologische Betreuung und eine angemessene Entschädigung notwendig. Polizei
13 und Staatsanwaltschaft wollen wir dazu verpflichten, Opfer rechter Angriffe über
14 die Beratungsangebote in Schleswig-Holstein zu informieren.

15 Die durch rassistische Strukturen aufkommende Opfer-Täter-Umkehr kann zu
16 langfristiger gesellschaftlicher Benachteiligung führen. Für Opfer rechter
17 Gewalt braucht es daher eine positive Perspektive. Für Menschen ohne dauerhaftes
18 Aufenthaltsrecht beziehungsweise deutsche Staatsangehörigkeit wollen wir ein
19 Bleiberecht als Opfer rechter Gewalt schaffen. Ein Bleiberecht in solch
20 begründeten Fällen ist ein klares Signal gegen die „Ausländer raus“-Zielsetzung
21 rassistischer Gewalttäter*innen. Außerdem wollen wir die statistische Erhebung
22 zu Opfern rechter Gewalt verbessern und die Beratungsangebote ausbauen.

23 C. 11. 2. Nachhaltige Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit, 24 Präventionsarbeit ausbauen, politische Bildung stärken

25 Wir setzen uns für nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement gegen
26 Rechtsextremismus und für unsere Demokratie ein. Insbesondere wollen wir
27 zivilgesellschaftlichen Trägern dafür eine langfristige Perspektive zusichern.
28 Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie durch politische Bildung ist eine
29 dauerhafte Aufgabe und muss strukturell finanziell abgesichert werden.
30 Kurzfristige Arbeitsverträge sorgen für unsichere Jobs und ungewisse
31 Lebensplanungen. Daher wollen wir entsprechende Arbeit entfristen. Eine
32 Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit muss auch bei wechselnden politischen
33 Mehrheiten gewährleistet sein.

34 Wir wollen eine zielgerichtete Demokratiebildung für alle Altersgruppen
35 sicherstellen und Möglichkeiten ausbauen, sich auch nach den etablierten Schul-
36 und Jugendprogrammen über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortbilden zu
37 können. Es muss ein Verständnis für die freiheitliche Demokratie entstehen und
38 die Gegensätze zu rechter Ideologie aufgezeigt werden. Lehrkräfte sollen durch
39 Fortbildungen und Angebote im Studium künftig besser in der Lage sein,

40 Antisemitismus und rechte Tendenzen frühzeitig zu erkennen und diesen
41 entgegenzuwirken.

42 C. 11. 3. Rechtsextreme Events begleiten und Einnahmen versteuern

43 Es gibt kein ruhiges Hinterland. Rechtsrockkonzerte, rechte Kampfsportevents
44 oder rechte Liederabende sind in der Regel keine Privatveranstaltungen, sondern
45 dienen als Einnahmequelle für die rechte Szene. Dort, wo diese Veranstaltungen
46 nicht unterbunden werden können, müssen diese von den Sicherheitsbehörden
47 adäquat begleitet werden. Einnahmen aus kommerziellen Veranstaltungen müssen
48 versteuert und öffentlich gemacht werden.

49 C. 11. 4. Rechtsradikalen Dominanzbestrebungen überall entgegenwirken

50 Wir wollen im ganzen Land und zusammen mit der Zivilgesellschaft daran arbeiten,
51 dass keine „Angst-Räume“ durch rechtsradikale Dominanzbestrebungen entstehen.
52 Die Räume jüdischer, migrantischer oder türkischer Gemeinden, von Vereinen oder
53 Dorfgemeinschaften müssen sichere Orte sein. Dafür wollen wir explizit in den
54 Orten, in denen es zu Bedrohungen oder zur Ausbreitung rechter Strukturen kommt,
55 reagieren, indem wir sie polizeilich schützen, in die Sozial- und Jugendarbeit
56 investieren sowie die demokratische Infrastruktur und Kultureinrichtungen
57 stärken.

58 Dabei bekennen wir uns zu den zivilgesellschaftlichen Initiativen, die
59 antifaschistische Arbeit leisten und in den Kommunen rechter Dominanz
60 entgegentreten. Beratungsorganisationen wollen wir dazu befähigen, durch
61 Sozialarbeit früh in der Lage zu sein, solche Dominanzbestrebungen zu erkennen
62 und ihre Beratungen gezielt anzubieten.

63 C. 11. 5. Rassismus erkennen, Rassismus benennen

64 Wir fordern eine intensive Auseinandersetzung mit strukturellem und
65 institutionellem Rassismus und sind mit dem Landesaktionsplan gegen Rassismus
66 einen ersten Schritt gegangen. Ob „Racial Profiling“ oder eine
67 Ungleichbehandlung von Bewerber*innen aufgrund eines Kopftuches – struktureller
68 Rassismus ist verfassungswidrig, weil er der Gleichbehandlung in Artikel 3 des
69 Grundgesetzes widerspricht. Trotzdem ist er für Opfer von Rassismen Alltag. Wir
70 erkennen dies als stark vernachlässigtes Thema in der Öffentlichkeit und der
71 Politik an.

72 Es braucht eine größere Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in
73 gesellschaftlich wichtigen und sichtbaren Positionen. Wir wollen uns für ein
74 Partizipationsgesetz für Menschen aus Einwanderungsfamilien auf Bundesebene
75 stark machen. Außerdem wollen wir ein kommunales Monitoring über
76 Alltagsrassismus in ganz Schleswig-Holstein mit wissenschaftlicher Begleitung
77 durchführen.

78 Wir erkennen an, dass antimuslimischer Rassismus, Rassismus gegen Schwarze,
79 antiasiatischer Rassismus, antislawischer Rassismus und Rassismus gegenüber
80 Sinti*zze und Rom*nja (Antiziganismus) spezifische Formen von Rassismus sind,
81 die unterschiedlich wirken und unterschiedlich bekämpft werden müssen. So sieht
82 es auch der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus vor. Wir unterstützen die
83 Vereinbarungen der Ampel-Koalition, spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung von
84 Rassismus zu ergreifen. Die Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer
85 Herkunft mit der Unterstützung von Schwarzen Selbstorganisationen oder die

86 Umsetzung der EU-Roma-Strategie mit einem Monitoring für antiziganistische
87 Vorfälle werden wir auch auf Landesebene unterstützen.

88 Noch viel zu oft werden Muslim*innen zur Zielscheibe von Hass, Übergriffen und
89 Diskriminierungen. Wir wollen antimuslimischen Rassismus wirksam bekämpfen und
90 die Werte einer offenen und toleranten Gesellschaft schützen. Außerdem
91 unterstützen wir die Kooperation mit muslimischen Verbänden, um das gegenseitige
92 Verständnis der komplexen Vielfalt unterschiedlicher sozialer, ethnischer und
93 religiöser Gruppierungen zu fördern.

94 Die Zivilgesellschaft ist ebenfalls gefordert. Wir GRÜNE wollen hier
95 Kooperationen aufbauen und unterstützen. Hierbei wollen wir Projekte nicht nur
96 auf die Themen des Islam beschränken, sondern auch Menschen ohne religiösen
97 Glauben in den Dialog einbeziehen.

98 C. 11. 6. Gegen jeden Antisemitismus!

99 Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und existiert nicht nur
100 außerhalb der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Antisemitismus gibt es von
101 rechts, links, muslimischer oder christlicher Seite und muss auch in allen
102 gesellschaftlichen Gruppen bekämpft werden.

103
104 Um ausnahmslos alle Formen des Antisemitismus zu bekämpfen, wird die Definition
105 der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (IHRA) als Standard
106 übernommen.

107 Jüdische Menschen in Schleswig-Holstein müssen sich sicher fühlen können. Ihre
108 Sicherheit und der Schutz jüdischer Einrichtungen und Gemeinden muss umfassend
109 sein. Dafür setzen wir uns ein.

110 Um effektiver gegen Antisemitismus vorzugehen und Dokumentationen von Vorfällen
111 vornehmen zu können, wollen wir die Landesweite Informations- und
112 Dokumentationsstelle Antisemitismus (LIDA) sowie den*die Landesbeauftragte*n für
113 jüdisches Leben und gegen Antisemitismus weiter stärken. Die Geschäftsstelle
114 wollen wir vom Bildungsministerium zum Landtag überführen.

115
116 Kulturveranstaltungen auf denen Personen oder Organisationen auftreten, die sich
117 antisemitisch äußern, sowie Einrichtungen, die zur Förderung von Antisemitismus
118 beitragen, sollen durch das Land Schleswig-Holstein oder staatliche Träger weder
119 finanziert noch gefördert werden.

120 Antisemitismuskritische Projekte, Organisationen und Forschungen sollen nicht
121 nur gefördert werden, sondern auch von staatlicher Seite mehr Beachtung finden.
122 Darüber hinaus sollen Fortbildungen und Fachtagungen zum Thema Antisemitismus
123 für Lehrkräfte ausgebaut werden, um eine größere Beachtung zu schaffen.
124 Kooperative Projekte mit dem Staat Israel oder der Gedenkstätte Yad Vashem sowie
125 Schüler*innenaustausche oder Bildungsreisen für Lehrkräfte mit dem IQSH
126 unterstützen wir ausdrücklich.

127 C. 11. 7. Sicherheitsbehörden besser gegen Rechtsradikalismus aufstellen

128 Die Sicherheitsbehörden müssen besser befähigt werden, Gefährdungen durch
129 rechtsextremistische Netzwerke und Strukturen sowie rechtsextremistisch
130 motivierte Gewalt bis hin zu terroristischer Bedrohung tatsächlich zu erkennen.
131 Besonders das Erkennen von Rechtsextremismus und die Gefahr, die durch völkische

132 und eingeschworene Gemeinschaften bis hin zur europäischen und internationalen
133 Kooperation von Rechtsextremen entsteht, müssen viel stärker in den Blick
134 genommen werden.

135 Gerade aufgrund der Veränderung der rechten Szene in den letzten Jahren wollen
136 wir die Ermittlungsbehörden mit mehr sozialwissenschaftlicher Kompetenz
137 ausstatten, um etwa das Vordringen rechter Akteur*innen in den sog.
138 „vorpolitischen Raum“ (Schulen, Redaktionen usw.) frühzeitig zu erkennen und
139 darauf zu reagieren.

140 C. 11. 8. Hass und Hetze im Netz effektiv mit Zivilgesellschaft und Rechtsstaat
141 entgegentreten

142 Rechtsextreme Ideologie verbreitet sich durch Propaganda in den sozialen Medien
143 immer einfacher. Außerdem dienen Facebook und Co. Neonazis zur Vernetzung und
144 Radikalisierung. Wir fordern eine konsequente staatliche Verfolgung strafbarer
145 Inhalte sowie eine anschließende Löschung durch die Betreiber*innen und eine
146 finanzielle Grundlage für die Bekämpfung von Hass im Netz auch für staatliche
147 Behörden und zivilgesellschaftliche Vereine.

148 C. 11. 9. Hassgewalt konsequent erfassen und ermitteln

149 Immer wieder kommt es zu rechtsextrem motivierter Gewalt. Dabei ist eine geringe
150 Aufklärungsquote, geringe Strafen und nicht vollstreckte Haftbefehle gegen
151 rechtsextreme Straftäter*innen bedauerlicher Status-Quo. Polizei und Justiz
152 müssen durch Aus- und Weiterbildung im Bereich der Bekämpfung von
153 Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gefördert werden.

154 C. 11. 10. Ein strengeres Waffenrecht

155 Die rechtsextreme Ideologie predigt einen „Kampf gegen die BRD“. Es wird auch
156 dazu aufgerufen, sich zu bewaffnen. Neben dem Entzug der „waffenrechtlichen
157 Erlaubnis“ für identifizierte Rechtsradikale fordern wir allgemein strikere
158 Regeln für Anträge auf eine Waffenerlaubnis, das Verbot für halbautomatische
159 Waffen für Privatpersonen und eine konsequente Überprüfung von privaten Waffen,
160 Munitionsbeständen und ordnungsgemäßer Verwahrung. Alle Waffenscheine wollen wir
161 nur nach persönlicher Vorsprache erteilen.